Dr. Julia Verlinden

(A) henden Ausschreibungen bergen ebenfalls die Gefahr, die Bürgerenergiewende abzuwürgen. Sie fördern die Großen und bremsen die Kleinen. Herr Gabriel, Sie tun damit genau das Gegenteil dessen, was ich mir unter einer Demokratisierung und Entmonopolisierung der Energieversorgung vorstelle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Caren Lay [DIE LINKE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von der Union, lassen Sie uns doch jetzt im Gesetzgebungsprozess Verbesserungen für diese investitionsbereiten Menschen verankern, damit die Bürgerenergiewende weitergeht, damit die Atomkraftwerke abgeschaltet werden, damit weniger Kohle verfeuert wird und damit wir unsere überlebensnotwendigen Klimaziele erreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend möchte ich noch betonen, dass es bei der Energiewende nicht ausschließlich um den Ausbau der erneuerbaren Energien geht; Herr Pfeiffer hat das gerade angesprochen. Herr Pfeiffer hat richtigerweise gesagt: Für ein Gelingen der Energiewende sind Energieeffizienz und Energieeinsparung eine unabdingbare Voraussetzung. – In Ihren Sonntagsreden, liebe Kollegen von der Union und der SPD, erzählen Sie alle immer, wie wichtig die Energieeffizienz ist. Aber bisher habe ich keine einzige politische Aktivität in dieser Richtung von der Bundesregierung wahrgenommen – keine einzige! –, und das macht mich langsam echt wütend.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B) Es geht nicht nur darum, zu reden, sondern auch darum, zu handeln; das wissen Sie. Ich möchte Sie daran erinnern, dass bis Juni die Umsetzung der europäischen Energieeffizienzrichtlinie ansteht. Herr Gabriel, Sie müssen eine Energieeinsparung von rund 2000 Petajoule nach Brüssel melden. Bisher hat Ihr Ministerium nicht den blassesten Schimmer,

(Dirk Becker [SPD]: Dazu hat er doch gestern im Ausschuss Stellung genommen!)

mit welchen politischen Maßnahmen Sie diese EU-Anforderungen überhaupt erreichen sollen. Das ist ein Skandal!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Gabriel, Sie haben mir eben vorgeworfen, ich hätte nicht genau nachgelesen. Vielleicht werfen Sie noch einmal einen Blick in die Publikationen Ihres eigenen Hauses. Als Sie noch Umweltminister waren, da haben Sie die Themen Ressourcen und Energieeffizienz ganz nach vorne gestellt. Es wäre schön, wenn Sie diese jetzt als Energieminister umsetzen würden.

(Beifall der Abg. Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade jetzt, wo die Diskussion über die Energieversorgungssicherheit und über unsere Erdgaslieferungen aus Russland angesichts der Ukraine-Krise Tempo aufnimmt: Wie wichtig wäre es da, dass die Bundesregierung jetzt in Gebäudesanierung investiert! Die Unternehmen, die hochwertige Effizienztechnik bereitstellen, die (C) in Forschung und Entwicklung investiert haben, die also Effizienz produzieren, und das Handwerk stehen bereit. Sie sitzen in den Startlöchern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Bundesregierung, nur durch Energieeinsparung machen wir uns unabhängiger von Energieimporten und sparen gleichzeitig Heizkosten ein. Wachen Sie endlich auf!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner für die CDU/CSU ist der Kollege Andreas Lenz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Wir wollen und wir werden damit den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voranbringen.

Ziel der Reform ist auch, die Dynamik in der Kostenentwicklung zu begrenzen. Dabei gilt es einmal mehr festzuhalten, dass die Energiewende zum Nulltarif eine Illusion ist. Die Kosten, die das Gesetz aus der Vergangenheit bedingt, werden zumindest mittelfristig weiterhin anfallen. Die Umsetzung der Energiewende lässt sich eben nicht per Knopfdruck bewerkstelligen. Die Energiewende ist vielmehr eine Generationenaufgabe. Auch deshalb darf es keine Denkverbote geben. Der Vorschlag, die Lasten der Energiewende über einen längeren Zeitraum zu strecken, ist nach wie vor diskussionswürdig. (D)

Im Rahmen der Energiewende gilt es, riesige Infrastrukturprojekte zu stemmen, die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten sowie die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dabei soll der Strom bezahlbar bleiben. Auch deshalb dürfen wir das Ziel der weitgehenden Marktfähigkeit der erneuerbaren Energien nicht aus dem Blickfeld verlieren;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Dirk Becker [SPD])

denn die Energiewende kann nur gelingen, wenn die Bevölkerung hinter ihr steht. Die Bevölkerung steht nach wie vor hinter der Energiewende. Über 80 Prozent der Menschen in unserem Land halten sie für richtig.

Wenn man die Medienberichte von Anfang April noch im Kopf hat, könnte man glauben, dass es eigentlich nichts mehr zu beraten gäbe, da sich Bund und Länder weitgehend einig seien.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie schon etwas von den 200 Änderungsanträgen gehört?)

Dr. Andreas Lenz

(A) Es ist jedoch unsere Pflicht als Parlament, notwendige und sinnvolle Änderungen herbeizuführen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen haben die Länder eine Fülle von Änderungsanträgen eingebracht – Sie haben es gerade gesagt –, die es zu prüfen gilt.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, aber da gibt es ja keinen Konsens!)

Es gilt, verantwortungsbewusst und gewissenhaft an den entsprechenden Stellschrauben zu drehen. Das werden wir machen. Dabei geht es gar nicht zwangsläufig darum, durch die Änderungen die Kosten zu erhöhen.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Nein, das darf auch nicht sein!)

Es geht vielmehr darum, ein handwerklich sauberes Gesetz zu beschließen. Gerade deshalb werden wir jetzt im parlamentarischen Verfahren mit ganzer Kraft an Nachbesserungen des Kabinettsbeschlusses arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gerade im Bereich der Biomasse konnte man tatsächlich den Eindruck gewinnen, hier wolle man einer ganzen Branche den Garaus machen.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da kann man nicht nur den Eindruck gewinnen; das ist so!)

(B) Das ist Gott sei Dank, auch weil die CSU darauf hingewirkt hat, nicht passiert. Es bedarf jedoch noch weiterer Nachbesserungen. Eine Studie des Fraunhofer-Instituts, die jüngst veröffentlicht wurde, bestätigt beispielsweise die positive Wirkung von Biogas auf den Strommarkt. Biomasse kann als flexibler Energieträger einen wertvollen Beitrag zur Systemstabilität leisten. Sie ist vielfältig nutzbar, als Wärme-, Strom- und Kraftstofflieferant.

Gerade der Bestandsschutz muss uns als Land mit hohen Standards bei der Rechtssicherheit wichtig sein. Hier ist auch die Kanzlerin beim Wort zu nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Annalena Baerbock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Alle Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf vom Staat getroffene Entscheidungen verlassen können. Deshalb müssen wir im parlamentarischen Verfahren ins Detail gehen. An einigen Stellen droht der Bestandsschutz nämlich ausgehöhlt zu werden. Beispielsweise muss die momentan geplante Definition der Höchstbemessungsleistung für Biomasseanlagen angepasst werden. Eine Festsetzung der Höchstbemessungsleistung nach den im aktuellen Kabinettsbeschluss enthaltenen Vorgaben würde für viele Biogasbetriebe den finanziellen Ruin bedeuten. Hier sind Existenzen in Gefahr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch die vorgesehene Abschaffung der bewährten Einsatzstoffvergütungsklassen bei der Biomasse gleicht einem Kahlschlag. Wir halten es zudem für erforderlich, (C) die Vergütungsklasse gerade für Holz zu erhalten. Die Holzvergasung bzw. -verstromung hat sich durch neue innovative Verfahren in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Die Vergütungsklasse für Holz ist sinnvoll und notwendig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der CSU-Landesgruppe ist es ein großes Anliegen, dass die Biomasse auch künftig ihren festen Platz im Energiemix behält. Für den Eigenverbrauch haben wir uns auf weitgehenden Bestandsschutz geeinigt. Kritisch zu sehen ist jedoch die Einbeziehung von Neuanlagen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dies macht systematisch keinen Sinn, da gerade der Eigenverbrauch netzentlastend wirkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aus unserer Sicht wäre es die beste Lösung, für neue Anlagen zur Eigenstromerzeugung eine leistungsabhängige Netzanschlussgebühr zu veranschlagen. Auch hinsichtlich der Stichtagsregelung besteht Handlungsbedarf. Hier wurden im guten Glauben und im Vertrauen auf bestehende Regelungen teilweise erhebliche Investitionen geleistet, die jetzt im Feuer stehen.

Apropos Feuer: Die Wasserkraft ist eine verlässliche heimische Energiequelle. Nun wissen wir, dass die Wasserkraft im Norden der Republik eine eher untergeordnete Rolle spielt. Trotzdem sollten wir uns auch hier an (D) den Koalitionsvertrag halten, in dem zur Wasserkraft steht:

> Die bestehenden gesetzlichen Regeln haben sich bewährt und werden fortgeführt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dirk Becker [SPD])

Hier muss am Gesetzentwurf nachgebessert werden.

Die Besondere Ausgleichsregelung für energie- und handelsintensive Unternehmen bleibt weitestgehend bestehen. Wenn es die Ausnahmen für die Industrie nicht gäbe, würde ein privater Haushalt zwar etwa 45 Euro weniger Stromkosten pro Jahr haben; wegen der zu erwartenden Wohlstandsverluste würde das real verfügbare Einkommen eines Haushalts jedoch um circa 400 Euro pro Jahr sinken. Es geht bei der Besonderen Ausgleichsregelung darum, den Industriestandort Deutschland langfristig zu erhalten.

Auf dem Weg in ein neues Energiezeitalter ist diese Reform des EEG nur ein erster Schritt. Wir müssen uns bei den nächsten Schritten um die Kapazitätsmärkte kümmern. Wir brauchen weitere Forschung hinsichtlich der Speichertechnologien und des Lastenmanagements. Wir müssen den Netzausbau und damit verbunden die weitere Integration der regenerativen Energien voranbringen. Dabei kommt es darauf an, die Bürgerinnen und Bürger ernsthaft einzubeziehen. Abstandsflächen und Erdverkabelung können hier Optionen sein. Auch die

Dr. Andreas Lenz

(A) Schaffung eines funktionierenden CO_2-Marktes und eine engere europäische Koordinierung sind geboten.

Ich wünsche uns gute Beratungen mit – das ist viel wichtiger – guten Ergebnissen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Dirk Becker für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dirk Becker (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Mit den beiden vorherigen Rednern bzw. der Rednerin und dem Redner hat die Debatte eine Wendung bekommen. Ja, wir reden über das EEG, über Inhalte. Herr Dr. Lenz hat gerade im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Meinungsfindungsrunde der Koalition eröffnet und einige Ideen genannt, über die auch bei uns diskutiert wird.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gab aber versteinerte Gesichter!)

– Ja, Oliver Krischer, ein versteinertes Gesicht gab es auch bei mir heute. Deine Rede hatte daran einen großen Anteil.

(B) Ich will eines sehr deutlich sagen: Frau Verlinden, ich finde, Sie haben wirklich mit der gebotenen Sachlichkeit auch inhaltlich debattiert. Das war im Vergleich zu den Reden, die ich zuvor gehört habe, wohltuend. Lieber Oliver, dir muss ich sehr deutlich sagen: Wir kennen uns nun schon seit vielen Jahren, und wir haben viele energiepolitische Gespräche hier im Deutschen Bundestag geführt. Ich verstehe, dass Opposition Kritik übt. Diese darf auch einmal kräftig sein, aber muss auf richtigen Fakten beruhen

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das tut sie!)

und nicht auf falschen Zitaten und Behauptungen, die nicht stimmen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn zum Beispiel?)

– Ganz ruhig, ich komme noch darauf. Im Gegensatz zu euch habe ich etwas mitgebracht, in dem etwas dazu steht. – Es ist sehr gefährlich, ausschließlich aus parteipolitischem Kalkül zu versuchen, die Bundesregierung sowie CDU/CSU und SPD hier mit Dingen, die nicht stimmen, vorzuführen.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nun sag doch mal!)

Denn Sie gehen das große Risiko ein, dass Sie mit Ihren Behauptungen, zu denen ich jetzt komme, auch die Akzeptanz für die Energiewende beschädigen. Das muss (C) ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Ich gebe zu: Die Regelungen der Besonderen Ausgleichsregelung sind hochkompliziert und nicht einfach. Man muss sie sich vielleicht dreimal durchlesen, bis man sie versteht.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich höre immer noch nichts dazu, was du gemeint hast!)

Ich will Folgendes feststellen: Die Möglichkeiten zur Ausnahme von der EEG-Umlage werden durch diese EEG-Novelle teils drastisch eingeschränkt. Der Minister hat das eben umfassend dargestellt; Sie haben es aber nicht verstanden. Daher will ich einige Punkte noch einmal deutlich machen:

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum sagt er dann, das Volumen bleibe gleich?)

Früher waren alle Gewerbebranchen antragsberechtigt, heute sind es nur 219 Branchen. Dazu kam es nicht nach dem Gutdünken des Ministers und der Regierung, sondern dies ist eine Regelung – Frau Lay, das müssen Sie hinnehmen; ich hinterfrage langsam Ihre Europatauglichkeit –, die die EU für alle EU-Mitgliedstaaten getroffen hat. Das ist keine Lex Deutschland.

(Beifall bei der SPD – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf deutschen Druck hin! – Caren Lay [DIE LINKE]: Was ändert das denn?) (D)

Es ist falsch, zu behaupten, dass für die Panzerindustrie und für den Kunstschmuck Ausnahmen gelten würden; denn in diesen Bereichen liegt keine ausreichende Stromintensität vor.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, aber warum stehen sie dann in der Liste?)

Sie müssen sich vielleicht noch einmal mit den Fragen auseinandersetzen: Was heißt „Anteil an der Bruttowertschöpfung“? Was heißt „Handelsintensität“?“ Und was heißt „Stromintensität“?

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die werden schon einen Berater finden, der das für die hinkriegt!)

Wenn man das nicht versteht, sollte man damit aber auch keine polemische Politik betreiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will eines, auch mit Blick auf Frau Lay, sagen: Gerade die Linken kritisieren das, was wir in diesem Bereich für die deutsche Industrie gemacht haben; ich habe in der gestrigen Debatte einen Satz dazu gesagt. Lassen Sie uns einmal folgendes Szenario durchspielen: Der Bundeswirtschaftsminister hätte den Erfolg, den er hatte,